



RUNDBRIEF 2/2022

SUDAN/SÜDSUDAN

KOORDINATIONSGRUPPE 2054
SUDAN/SÜDSUDAN

AMNESTY
INTERNATIONAL



INHALT

Sudan

Chronik August – Dezember 2022	3
Einschätzung Situation im Sudan	12

Südsudan

Chronik August – Dezember 2022	12
Abschluss der Südsudan-Aktion zu konfliktbedingter sexualisierter Gewalt	16

Text unter der Graphik: In South Sudan, Conflict-related sexual violence that is still ongoing is facilitated by guns. Impunity for rape and other forms of CRSV is still the norm and there are no protection mechanisms for survivors, witnesses and judicial actors. © Private and unrestricted use

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.
Koordinationsgruppe Sudan/Südsudan
Martina Liedke
E: info@amnesty-sudan.de. W: www.amnesty-zentral-ostafrika.de

SPENDENKONTO . Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE23 3702 0500 0008 0901 00 . BIC: BFS WDE 33XXX

Sudan

Chronik August-Dezember 2022

Juli/August

Am 01.08.2022 berichtet das Afrikanische Zentrum für Studien über Gerechtigkeit und Frieden (African Centre for Justice and Peace Studies, ACJPS) über ethnische Konflikte in Blue Nile zwischen dem 15. und 17. Juli 2022. Dort brach ein Stammeskonflikt zwischen den Fong und Hausa aus. Es wurden 106 Hausa, 9 Fongs, 8 Fulanis und 1 arabischer Hemida getötet. Es gab Anschuldigungen der Vergewaltigung von 20 Frauen und Mädchen des Hausa Stammes. Zudem wurden 14.000 Hausa vertrieben. Am 16. Juli 2022 verhängte der Gouverneur, eine Ausgangssperre. Dennoch sahen Augenzeugen, wie mehrere Angehörige des Fong-Stammes am 16. Juli 2022 das Waffen- und Munitionslager im zentralen Hauptquartier der Polizei im Osten der Stadt Al-Rusairis betraten. Die erbeuteten Waffen wurden für Angriffe auf die Hausa verwendet. Das ACJPS zieht Parallelen zu Völkermord-ähnlichen Zuständen und berichtet in dem Zusammenhang von systematischer Diskriminierung gegenüber Hausa und Fulani.¹

Das Zentralkomitee der sudanesischen Ärzte (Central Committee of Sudan Doctors, CCSD) berichtete am 01.08.2022 in einer Erklärung, dass 105 Demonstrant*innen bei den Märschen der Millionen (Marches of the Millions) unter dem Motto "friedliche Koexistenz" am 28.07.2022 verletzt wurden. Eine Demonstrant*in wurde von Schrottkugeln getroffen, zwei weitere von Gummigeschossen. Elf Demonstrant*innen wurden von Fahrzeugen der Sicherheitskräfte überrollt, und in 56 Fällen wurden durch Tränengas Menschen verletzt. Zudem wurden Demonstrant*innen durch Schlagstöcke schwer verletzt. Der Bericht zählt 101 Verletzte, ausgenommen jene die vor Ort behandelt wurden.²

Laut Radio Dabanga, berichten die Darfur Bar Association und ihre Partner am 05.08.2022 über die Inhaftierung von mindestens 197 Personen durch die Schnellen Eingreiftruppen (Rapid Support Forces, RSF) in West-Darfur im Rahmen einer Kampagne, die sich gegen Stammesführer*innen richtet, die sich weigern, an den von der RSF geführten Versöhnungsbemühungen teilzunehmen, sowie gegen andere Aktivist*innen, Lehrer*innen, Student*innen und Bauern. Im Zuge dessen, verschwanden mehrere Personen.³

Am 08.08.2022 werden drei Personen festgenommen. Die Notfallanwälte ("Emergency Lawyers") erklären, dass die Betroffenen am 02.08.2022 ohne Haftbefehl von Männern in Zivilkleidung an einen unbekanntem Ort gebracht wurden. Die erhobenen Vorwürfe wurden als konstruiert bezeichnet.⁴ Am 14.08.2022 berichten die Anwälte von 35 weiteren Festnahmen bei den Märschen der Millionen.⁵

Am 14.08.2022 veröffentlicht das Hudo Centre (Organisation für Menschenrechte und Entwicklung/ Human Rights and Development Organisation) einen Situationsbericht über Menschenrechte in South Kordufan und Blue Nile States. Der Bericht beinhaltet unter anderem Daten über willkürliche Verhaftungen von 30 Zivilist*innen und ungesetzliche Tötungen mit mehr als 40 Opfern, darunter Frauen und Minderjährige.⁶

Am 17.08.2022 berichtet Radio Dabanga von Überfällen auf Dörfer in North Dafur, bei denen mindestens 9 Personen erschossen und 9 weitere verwundet und entführt wurden. Augenzeugen berichten vom nicht-eingreifen der anwesenden RSF, andere behaupten sogar, dass Fahrzeuge der RSF von den Angreifern genutzt wurden.⁷

Am 19. August 2022 berichtet Radio Dabanga über die Ermordung eines Bauern und seines Sohnes in West-Kordofan und über bewaffnete Raubüberfälle auf Bauern in South Kordofan. Im Zusammenhang mit diesen und anderen Fällen im Juli wird der Polizei vorgeworfen, sich geweigert zu haben, einzugreifen.⁸

Am 19.08.2022 berichtet der Guardian, dass Menschenrechtsaktivist*innen im Sudan befürchten, dass die Einführung einer neuen Polizeieinheit der "Community Police Unit" die Rückkehr der "Sittenpolizei" im Lande einleitet, die nach dem Sturz von Omar al-Bashir im Jahr 2019 aufgelöst wurde. Zu den von der Sittenpolizei durchgesetzten Gesetzen gehörten unter anderem die Verbote für Frauen Hosen zu tragen, den Kopf zu entblößen und sich mit Männern außerhalb ihrer Familie zu treffen.⁹

Nach einem Besuch im Sudan berichtet der Anklagevertreter des Internationalen Strafgerichtshofes, Karim A.A. Khan QC am 25.08.2022 von der sinkenden Kooperationsbereitschaft der Sudanesischen Regierung.¹⁰

Am 23.08.2022 ruft das Afrikanische Zentrum für Studien über Gerechtigkeit und Frieden (African Centre for Justice and Peace Studies, ACJPS) zu umgehenden Untersuchungen zum Tod einer christlichen Führungspersonlichkeit Mr. Azrag Barnabas und seinen Kindern auf. Ersterer starb unter ungeklärten Umständen und letztere während eines Feuers, dass mit einer extremistischen Gruppe in Verbindung gebracht wird. Das ACJPS ruft zum Schutz von Christ*innen im Sudan auf und weist auf die, nach dem Coup d'état, wieder zunehmende Diskriminierung der Glaubensgemeinschaft im Land hin.¹¹

Am 31.08.2022 verurteilt das Zentralkomitee der sudanesischen Ärzt*innen die Entscheidung des sudanesischen Oberstaatsanwalts, nicht identifizierte Leichen zu begraben, ohne forensische Details zu erfassen, berichtet Radio Dabanga. Es handelt sich bei den Toten unter anderem um Opfer des "3. Juni Massakers" bei dem mehr als 127 Personen von den Sicherheitskräften ermordet wurden.¹²

Der Bericht „This is my duty“ („Das ist meine Pflicht“) von The New Humanitarian berichtet von Einzelschicksalen der Sudanesischen Anti-Putsch-Demonstrant*innen.¹³

¹ <http://www.acjps.org/blue-nile-inter-tribal-conflicts-leave-hundreds-killed-injured-and-displaced/>

² <https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/new-campaign-launched-to-expose-sudan-junta-s-human-rights-violations-as-over-100-protesters-are-injured>

³ <https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/anger-as-rsf-launch-mass-detention-campaign-in-west-darfur-targeting-activists-and-tribal-leaders>

⁴ <https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/sudan-s-emergency-lawyers-condemn-fabricated-charges-detentions-and-unfair-legal-procedures>

⁵ <https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/sudan-s-security-forces-arrest-35-people-following-march-of-millions-protest>

⁶ <https://hudocentre.org/report-on-the-human-rights-situation-in-south-kordofan-and-blue-nile-states-of-sudan-january-june-2022/>

⁷ <https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/armed-gunmen-kill-at-least-nine-in-north-darfur-attack>

⁸ <https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/more-attacks-against-farmers-in-kordofan-no-police-response>

⁹ <https://www.theguardian.com/global-development/2022/aug/19/sudan-community-squad-morality-policing-fears>

¹⁰ <https://www.icc-cpi.int/news/statement-icc-prosecutor-karim-aa-khan-qc-united-nations-security->

council-situation-darfur-0

¹¹ <https://www.acjps.org/central-darfur-christian-leader-and-three-family-members-die-under-suspicious-circumstances-in-garsilla/>

¹² <https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/sudan-doctors-protest-the-burying-of-unidentified-bodies>

¹³ https://www.thenewhumanitarian.org/photo-feature/2022/08/30/Sudan-revolution-protests-junta-coup?utm_source=The+New+Humanitarian&utm_campaign=002b28f51a-EMAIL_CAMPAIGN_2021_09_02_Weekly&utm_medium=email&utm_term=0_d842d98289-002b28f51a-75619413

September

Radio Dabanga berichtet am 04.09.2022, dass die Zahl der Todesopfer bei erneuten Zusammenstößen im sudanesischen Bundesstaat Blue Nile auf 21 gestiegen ist. Der Konflikt ist ethnischen Ursprungs und Radio Dabanga berichtet insbesondere in Bezug auf Hausa, die ursprünglich aus dem Westen Sub-Sahara Afrikas stammen, von systematischen Formen der Diskriminierung.¹

Am 4. September 2022 fordern die sudanesischen Behörden humanitäre Hilfsorganisationen auf, das Aufnahmelager für äthiopische Flüchtlinge in Hamdayet zu evakuieren, da sie nach der Verschärfung der Zusammenstöße an der sudanesischen Grenze um deren Sicherheit fürchten, so Sudan Tribune.²

Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen erklärt am 07. September gegenüber der BBC, es lägen Informationen vor, wonach in sudanesischen Flüchtlingslagern, wo Tausende äthiopische Flüchtlinge, vor allem aus Tigray, untergebracht seien, Zwangsrekrutierungen stattfänden. Es habe bereits vor Monaten "glaubwürdige Berichte" über Bemühungen erhalten, Kämpfer*innen aus den Reihen der Flüchtlinge zu rekrutieren, mitunter mit Gewalt.³

In einem Interview mit Radio Dabanga erklärt Volker Perthes, UN-Sonderbeauftragter für den Sudan und Leiter der UN-Mission zur Unterstützung des Übergangs im Sudan (UNITAMS), am 08.09.2022, dass das Land am Rande des wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Zusammenbruchs steht. Er warnte vor schwerwiegenden Folgen, "wenn nicht alle zusammenarbeiten, um das Land zu retten".⁴

Am 09.09.2022 meldet The New Humanitarian Berichte über Hungertote in Vertriebenenlagern und Städten, die in den vorangegangenen Monaten aus dem Sudan durchsickerten und auf eine wachsende Hungersnot hinweisen.

Derzeit sind schätzungsweise fast 12 Millionen Menschen - ein Viertel der sudanesischen Bevölkerung - von akutem Hunger bedroht. Diese Zahl könnte nach Angaben von Hilfsorganisationen bis zu 18 Millionen erreichen, wenn die Trockenzeit diesen Monat zu Ende geht - das sind doppelt so viele wie im Jahr 2021.⁵

Ein UN-Bericht vom 6.9.2022, der den Zeitraum vom 11. Februar bis zum 31. Mai abdeckt, berichtet von Gewalt und Übergriffen in den drei Bezirken Koch, Leer und Mayendit sowie in angrenzenden Gebieten, die zur Vertreibung von rund 44.000 Zivilist*innen aus mindestens 26 Dörfern geführt haben.

Zusätzlich zu den 173 getöteten Zivilpersonen wurden bei Kämpfen im südlichen Unity State mindestens 28 Dörfer und Siedlungen verwüstet, wobei etwa 12 Personen verletzt und 37 Frauen und Kinder entführt wurden.

Insgesamt wurden 131 Fälle von Vergewaltigungen und Gruppenvergewaltigungen dokumentiert, darunter

der Fall eines neunjährigen Mädchens, das von einer Gruppe bis zum Tod vergewaltigt wurde.⁶

In einer gemeinsamen Erklärung rufen UNICEF und Save the Children am 12. September 2022 zu umgehenden Maßnahmen auf. Etwa 6,9 Millionen Kinder, d.h. jedes dritte Kind im schulpflichtigen Alter, gehen im Sudan nicht zur Schule, und für weitere 12 Millionen wird die Schulzeit durch den Mangel an Lehrer*innen, Infrastrukturen und einem geeigneten Lernumfeld unterbrochen, so dass sie ihr Potenzial nicht voll ausschöpfen können.⁷

Mindestens 74 Demonstrant*innen werden bei den von den Widerstandskomitees organisierten Anti-Junta-Märschen der Millionen in Khartum am 14. September verwundet, berichtet Radio Dabanga. Einen Tag zuvor griffen Regierungstruppen Jugendliche in der Stadt an und rasierten ihnen gewaltsam den Kopf. Ein Offizier der Rapid Support Forces, der wegen der Tötung einer Demonstrant*in verurteilt worden war, wurde freigelassen.⁸

Das Afrikanische Zentrum für Studien über Gerechtigkeit und Frieden (African Centre for Justice and Peace Studies, ACJPS) berichtet am 16.09.2022 über die anhaltenden Verletzungen der Bürgerrechte durch die Gesetzeshüter im Sudan. In dem Bericht dokumentiert das ACJPS unter anderem einen Vorfall, bei dem 177 Menschen nach einem Stammeskonflikt unter dem Notstandsgesetz festgenommen wurden. In einem anderen Fall wurden 21 Kinder und Jugendliche verhaftet und aus West-Darfur in das Alhuda-Gefängnis in Khartum gebracht, wo sie seit April 2022 ohne Anklage festgehalten werden.⁹

Radio Dabanga berichtet am 16.09.2022, dass bis zu 66.000 Menschen, nach Aussage eines hohen Regierungsbeamten, durch Gewalt in Blue Nile vertrieben wurden.¹⁰

In einem Interview mit Radio Dabanga am 16.09.2022 bezeichnete der Wirtschaftsexperte Sidgi Kabbalo die Inflationszahlen im Sudan als "beunruhigend" und warnte vor einer "Revolution der Hungernden", wenn die Ursachen der wirtschaftlichen Probleme nicht angegangen würden. Er warnte vor dem Einsatz von mehr Polizei- und Sicherheitskräften, um die Situation einzudämmen, und sagte, dass stattdessen ein umfassender Wirtschaftsplan vereinbart und die Putschisten gestürzt werden sollten.¹¹

Am 17. September 2022 erklärt Abel Fattah al-Burhan, der Vorsitzende des Souveränen Rates, er würde die Macht nur an ein ziviles Kabinett, dem alle Sudanese*innen zugestimmt haben, oder an eine gewählte Regierung übergeben. Er betonte ferner, dass er die Macht nur an eine Regierung unabhängiger, aufgrund ihrer Kompetenz ausgewählter Technokrat*innen übergeben werde, ohne Quoten oder Machtteilung zwischen politischen Kräften, berichtet Sudan Tribune.¹²

Der Vizepräsident des sudanesischen Souveränitätsrates und Befehlshaber der schnellen Eingreiftruppen (RSF), Generalleutnant Mohamed "Hemeti" Dagalo, erklärte in einem Briefing am 17.09.2022, dass er an seinem früheren Versprechen festhält, die militärischen Institutionen aus der politischen Szene des Sudan zu entfernen, so Radio Dabanga.¹³

Der von der sudanesischen Anwaltskammer (SBA) vorgeschlagene Verfassungsentwurf geht nach Ansicht von Abdelaziz El Hilu, Vorsitzender der Sudanesischen Volksbefreiungsbewegung-Nord (SPLM-N El Hilu), nicht auf die Ursachen der Krise im Land ein, berichtet Radio Dabanga. Die Gruppe fordert eine Trennung von Staat und Religion. Zudem bezweifelt sie die Bereitschaft des Militärs ihre Machtposition im Staat aufzugeben.¹⁴ In einem Statement haben unter anderem die EU, UK und die Vereinigten Staaten den Entwurf

begrüßt, jedoch darauf hingewiesen, dass weitere Arbeit erforderlich ist, um sicherzustellen, dass eine Vereinbarung über eine Übergangsregelung für eine klare Mehrheit der politischen und sozialen Kräfte tragbar ist.¹⁵

Mindestens 15 Millionen Menschen, d.h. ein Drittel der Bevölkerung, sind im Sudan von Hunger bedroht. Dies gehe aus der Bewertung der Ernährungssicherheit und der Verwundbarkeit durch das Welternährungsprogramm (WFP) hervor, berichtet das WFP am 23.09.2022. Das ist ein Anstieg um 50 Prozent im Vergleich zum letzten Jahr.¹⁶

ARD berichtet am 25.09.2022, dass die Bundesregierung weitere Waffenlieferungen für die Konfliktparteien des Krieges im Yemen genehmigt hat, darunter auch Sudan.¹⁷

Am 27. September 2022 veröffentlicht das UN-Generalsekretariat einen neuen Bericht über Kinder und bewaffnete Konflikte im Sudan. Darin werden 520 schwere Verstöße gegen 445 Kinder (287 Jungen und 157 Mädchen, 1 Geschlecht unbekannt) verzeichnet. Davon wurden 317 Verstöße im Jahr 2020 und 203 im Jahr 2021 begangen. Hundert Verstöße, fast ein Fünftel der Gesamtzahl, wurden den Sicherheitskräften der Regierung zugeschrieben, während der Rest von anderen bewaffneten Gruppen und Tätergruppen begangen wurde die nicht identifiziert werden konnten.¹⁸

¹ <https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/death-toll-of-renewed-clashes-in-sudan-s-blue-nile-state-rises-to-21>

² <https://sudantribune.com/article263629/>

³ <https://tesfanews.net/sudan-refugee-camps-used-tigray-military-recruitment/>; Original in Aramäisch : <https://www.bbc.com/amharic/articles/c3gvjvx0m8go>

⁴ <https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/unitams-head-to-dabanga-political-forces-must-cooperate-to-avert-sudan-collapse>

⁵ <https://www.thenewhumanitarian.org/news/2022/09/09/Sudan-hunger-Children-are-facing-the-threat-of-death>

⁶ <https://news.un.org/en/story/2022/09/1126091>

⁷ <https://www.unicef.org/sudan/press-releases/joint-statement-urgent-action-needed-69-million-children-are-out-school-and-12#:~:text=KHARTOUM%20Monday%2012%20September%202022,learning%20environment%20to%20make%20them>

⁸ <https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/more-than-70-injured-in-khartoum-demos-young-sudanese-shaved-again>

⁹ <https://www.acjps.org/west-darfur-killings-arrests-and-the-use-of-emergency-law-as-a-tool-to-violate-the-rights-of-citizens/>

¹⁰ <https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/66-thousand-displaced-by-blue-nile-state-violence>

¹¹ <https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/economist-warns-of-revolution-of-the-hungry-if-sudan-s-inflation-is-not-addressed>

¹² <https://sudantribune.com/article264174/>

¹³ <https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/hemeti-renews-military-s-commitment-to-exit-from-sudan-political-scene>

¹⁴ <https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/splm-n-splm-n-el-hilu-sudan-bar-draft-constitution-resists-radical-change>

¹⁵ <https://www.eeas.europa.eu/delegations/sudan/european-union-welcomes-sba-draft-transitional->

constitution-framework_en

¹⁶ <https://www.wfp.org/news/sudan-faces-deepening-hunger-crisis-amid-protracted-conflict-climate-shocks-and-skyrocketing>

¹⁷ <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/jemen-waffen-deutschland-101.html>

¹⁸ <https://childrenandarmedconflict.un.org/document/report-of-the-secretary-general-on-children-and-armed-conflict-in-the-sudan-7/>

Oktober

Der Guardian berichtet am 03.10.2022, dass Aktivist*innen sofortige Maßnahmen fordern, um gegen die Zunahme von "Ehrenmorden" im Sudan vorzugehen. Elf Frauen und Mädchen sind zu diesem Zeitpunkt im Jahr 2022 von Angehörigen umgebracht worden, mehr als doppelt so viele wie den Behörden im Jahr 2021 gemeldet wurden.¹

Der Zentralrat der Kräfte für Freiheit und Wandel (Forces for Freedom and Change-Central Council, FFC-CC) fordert, im Angesicht der fortwährenden Menschenrechtsverletzungen der Militär-Junta, die Ablehnung der Wiederwahl Sudans in den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen. Trotz der Suspendierung des Sudan aus der Union selbst ermöglicht die Afrikanische Union weiterhin die Wiederwahl des Sudan in den UN-Menschenrechtsrat.²

Das Afrikanische Zentrum für Studien über Gerechtigkeit und Frieden (African Centre for Justice and Peace Studies, ACJPS) fordert die sudanesischen Behörden auf, das Todesurteil einer 20 -Jährigen durch Steinigung vom Juni 2022 aufzuheben, das unter Verletzung des Rechts auf ein faires Verfahren und des Rechts auf Leben verhängt wurde.³

In einem Interview mit Radio Dabanga verteidigt der FFC-CC sein "bevorstehendes Abkommen" mit dem Militär und dementierte Gerüchte, wonach er mit der Junta vereinbart habe, dass das Militär für die von ihm begangenen Verbrechen nicht zur Rechenschaft gezogen werde. Die Kräfte für Freiheit und Wandel wurden zuvor von anderen Oppositionsgruppen wegen ihrer Sympathie für eine Regierungsbeteiligung des Militärs kritisiert.⁴

Der Standard berichtet am 23. Oktober, dass nach Angaben regionaler Behörden der Blue Nile Provinz mindestens 229 Menschen bei Zusammenstößen zwischen rivalisierenden ethnischen Gruppen umgekommen sind. Weitere 10.000 Menschen wurden nach Behördenaussagen vertrieben.⁵

Die sudanesischen Notarwält*innen haben ein Gerichtsverfahren eingeleitet und eine Klage gegen die Polizeistation El Emtada in Khartum eingereicht, in der der Häftling Mudaser Kamal mutmaßlich an den Folgen von Folter gestorben ist, berichtet Radio Dabanga.⁶

Das Zentralkomitee der sudanesischen Ärzt*innen berichtet am 23.10.2022, dass eine nicht identifizierte Demonstrant*in in Khartum getötet wurde, nachdem ihm bei Straßenprotesten in die Brust geschossen worden war. Die Hadhreen-Initiative hatte bereits am 17. Oktober einen Bericht über die Übergriffe auf friedliche Pro-Demokratie-Demonstrant*innen seit dem Militärputsch vom 25. Oktober 2021 bis zum 4. August dieses Jahres veröffentlicht. Demnach sind bis August mindestens 116 Demonstrant*innen durch Sicherheitskräfte ums Leben gekommen und mehr als 7.000 Demonstrant*innen wurden Berichten zufolge schwer verletzt, die tatsächliche Zahl dürfte jedoch höher sein.⁷

Am 25.10.2022, dem ersten Jahrestag des Staatsstreichs, gingen Sudanese*innen im ganzen Land auf die Straße, um ihre Ablehnung der Militärherrschaft zu bekunden. Die Polizei tötete dabei den 20-jährigen Abu al-Qasim Osama Abdel-Wahab.

Um die Sudanese*innen von der Teilnahme an den Pro-Demokratie-Märschen abzuhalten, sperrte die vom Militär geführte Regierung die Brücken, die die drei Stadtzentren der Hauptstadt Khartoum miteinander verbinden, und blockierte den Internetzugang.

Dennoch demonstrierten Zehntausende von Putschgegner*innen in 19 Städten im ganzen Land, um ihren Widerstand gegen den Coup zum Ausdruck zu bringen. Zudem prangerten sie die Unsicherheit, das wirtschaftliche Desaster und das Ausmaß der Korruption an, berichtet Sudan Tribune am 25.10.2022.⁸

¹ <https://www.theguardian.com/global-development/2022/oct/03/sudan-campaigners-demand-action-after-alarming-rise-in-honour-killings>

² <https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/ffc-rejects-sudan-re-election-to-the-un-human-rights-council>

³ <http://www.acjps.org/20-year-old-woman-sentenced-to-death-by-stoning-for-adultery-in-sudan/>

⁴ <https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/sudan-s-ffc-denies-allowing-military-to-escape-accountability>

⁵ <https://www.derstandard.de/story/2000140224839/rund-200-tote-bei-zusammenstoessen-im-sueden-des-sudan>

⁶ <https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/sudan-s-emergency-lawyers-file-complaint-against-khartoum-police-for-detainee-s-death>

⁷ <https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/protestor-killed-during-demonstrations-against-sudan-s-military-coup>

⁸ <https://sudantribune.com/article265859/>

November

Radio Dabanga berichtet über zunehmende Polizeigewalt im Sudan. Es kam zu Folter und Todesfällen, ein Mann soll im Hauptquartier des militärischen Geheimdienstes umgebracht worden sein.

Bis August 2022 kamen 119 Menschen bei pro-demokratischen Protesten ums Leben - mehr als 7000 wurden verletzt. Anfang November verzeichnete das CCSD weitere 23 Verletzte bei einem Marsch in Omdurman und 56 Verletzte beim Marsch der Millionen.

In den sozialen Medien haben sudanesische Aktivist*innen mehr als einmal darauf hingewiesen, dass unter den Polizeikräften die auf Demonstrant*innen schießen, auch in zivil gekleidete Mitglieder der Sicherheitsdienste sind.

Die Regierung hat es versäumt diese Verbrechen glaubwürdig zu untersuchen, obwohl die Vereinten Nationen dies fordern.¹

Am 15.11.2022 berichtet die North Africa Post, dass im sudanesischen Zentral-Darfur der Ausnahmezustand verhängt wurde, nachdem bewaffnete Männer das Feuer auf Mitglieder eines Versöhnungsausschusses eröffnet hatten, der mit der Beilegung eines Konflikts zwischen den Volksgruppen beauftragt war - 24 Menschen wurden getötet.²

Die Darfur Bar Association (DBA) gibt bekannt, dass 350 Darfuris unrechtmäßig in Gefängnissen im ganzen Sudan festgehalten werden. Darunter befinden sich 12 Minderjährige. Alle wurden ohne jede rechtliche Grundlage inhaftiert, zumeist von den schnellen Eingreiftruppen (Rapid Support Forces, RSF), so Radio

Dabanga.³

In einem Beitrag in der Carnegie Endowment for International Peace (15.11.2022) wird beschrieben, dass die Gespräche zwischen der FCC und dem Militär zu einem neuen Regierungsabkommen dazu beigetragen haben, den FCC weiter zu spalten, der ohnehin schon mit einem Mangel an Visionen für die Zukunft zu kämpfen hat. Der Beitrag beschreibt, dass Al-Burhan und seine Verbündeten weiterhin versuchen werden den FCC bei jeder Gelegenheit zu untergraben, um den Status quo aufrechtzuerhalten. Abschließend stellt der Artikel klar, dass FCC und andere zivile Gruppen eine geschlossene Front gegen das Militär und das frühere Regime bilden müssen, wenn es eine Aussicht auf eine zivile demokratische Regierung im Sudan geben soll.⁴

Ein weiterer Artikel von Radio Dabanga beschäftigt sich mit den Auswirkungen des Klimawandels im Sudan. In einem Land wie dem Sudan, wo viele Menschen am Existenzminimum Leben und/oder keinen Zugang zum Gesundheitswesen haben, ist ein langfristiges Problem wie der Klimawandel nicht Priorität der dort lebenden Menschen, oder wie es eine ehemalige Polizist*in in einer Umfrage von Radio Dabanga ausdrückte: „Niemand beschäftigt sich mit dem Klima, weil alle zu beschäftigt sind zu überleben“. Hafiz Ismail, ein politischer und ökonomischer Analyst sagte, dass es zu wenige Informationen und Aufklärung darüber gibt, welche Gefahren der Klimawandel für die Lebensgrundlagen der Menschen mit sich bringt. So bestätigt sich, dass die Trockenzeiten sich verlängern und zerstörerische Fluten zunehmen. Vor allem Farmer*innen spüren die Auswirkungen bereits. So fallen die Ernten zunehmend schlechter aus – die Regierung scheint keine nennenswerte Unterstützung zu leisten.

Die Klimaaktivistin Nisreen El Saim bringt es auf den Punkt, indem Sie klarstellt, dass der Afrikanische Kontinent am wenigsten zu dem Problem beigetragen hat, jedoch am stärksten von den Konsequenzen betroffen ist.⁵

1 <https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/criticism-as-el-burhan-defends-sudan-s-police-amidst-rising-police-brutality>

2 <https://northafricapost.com/62675-sudans-central-darfur-declares-state-of-emergency-after-mediators-attacked.html>

3 <https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/350-darfuris-illegally-detained-in-prisons-throughout-sudan>

4 <https://carnegieendowment.org/sada/88407>

5 <https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/climate-change-sudan-s-hidden-crisis>

Dezember

Am 5. Dezember unterzeichnen über 40 Parteien, Organisationen und zivile Bewegungen das lang erwartete politische Rahmenabkommen mit der Militärjunta im Palast der Republik in Khartoum. Das Abkommen sieht volle zivile Autorität auf allen Ebenen vor, sowie einen Sicherheits- und Verteidigungsrat unter der Leitung des Premierministers.

Das dritte Prinzip des Abkommens besagt: „Sudan ist ein ziviler, demokratischer, föderaler, parlamentarischer Staat, in dem die Souveränität beim Volk liegt, welches die Quelle der Macht ist (...).“ Volker Perthes, Leiter von UNITAMS (UN Integrated Transition Assistance Mission in Sudan) begrüßte die Vereinbarung als Höhepunkt der Bemühungen im vergangenen Jahr eine politische Lösung zu finden und die verfassungsmäßige Ordnung wiederherzustellen, was auch den Forderungen der Zivilbevölkerung entspricht. Allerdings sind konfliktreiche Themen wie Sicherheit noch nicht enthalten und die finale Version des Abkommens wird Ende Dezember erwartet.

Human Rights Watch kritisierte auch, dass bisher keine Reform des Justizsystems vorgesehen sei. Viele demokratische Gruppen sprechen sich gegen jede Art der Zusammenarbeit mit dem Militär aus und somit

gegen die Unterzeichnung des Abkommens, da dieses dazu führen könnte, dass sich die militärischen Kräfte der Verantwortung entziehen könnten.^{1 2}

Aljazeera berichtet am 06.12.2022 über die mit dem neuen Abkommen verbundenen Proteste im Sudan. Die Nachrichtenagentur beschreibt, dass Kritiker*innen befürchten, dass das Abkommen der Armee und der mächtigen paramilitärischen Gruppe "Rapid Support Forces" (RSF), die beide den Putsch angeführt haben, einen "Rettungsanker" bietet.³

Das Journal Internationale Politik und Gesellschaft veröffentlicht am 13.12.2022 ein interessantes Interview mit Khalid Yousif, der während der Übergangsregierung Minister für Kabinettsangelegenheiten war. Nach dem Militärputsch vom Oktober 2021 verbrachte er zwei Monate im Gefängnis. In dem Interview nimmt Yousif Stellung zu den vereinbarten Rahmenbedingungen und einer möglichen neuen Übergangsregierung.⁴

Am 19.12.2022 berichtet Aljazeera, dass Tausende Demonstrant*innen in Khartum ein Ende der Militärherrschaft und Gerechtigkeit für die seit dem Putsch im letzten Jahr Getöteten fordern. Der Protest wurde von den Widerstandskomitees angeführt, die sich gegen ein in diesem Monat von den Sicherheitskräften und den politischen Eliten unterzeichnetes Abkommen wenden. Diese Nachbarschaftsverbände, die die pro-demokratische Bewegung im Sudan anführen, verurteilten das Abkommen als Verrat an den Kernforderungen des Aufstands von 2018-2019, wie Übergangsjustiz und Reform des Sicherheitssektors.⁵

Der anhaltende Konflikt zwischen den Lagern Hausa und Fonj-Hamaj im Staat Blauer Nil (Blue Nile State) hat der WHO zufolge (Stand: 20.12.2022) seit dem 13. Oktober zu 300 Toten und 236 Verletzten sowie zu 71 406 Binnenvertriebenen geführt. Die WHO reagierte mit Notfallmedizinischen Versorgungspaketen und Unterstützung für die lokale Gesundheits- und WASH -Infrastruktur.⁶

Gegen Ende Dezember/ Anfang Januar gehen die in unvermindertem Umfang Demonstrationen weiter.⁷ Die Zerstrittenheit der Parteien in Bezug auf das Abkommen des Militärs und der Zivilgesellschaft setzt sich fort. Eine Einigung und Beilegung der Konflikte scheinen nur möglich, wenn die Verantwortlichen beim Militär zur Rechenschaft gezogen werden und das Militär vollends entmachtet wird.

¹ <https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/sudan-s-long-awaited-framework-agreement-signed-between-military-and-civilian-bodies>

² <https://www.hrw.org/news/2022/12/13/sudan-pact-omits-key-justice-reforms>

³ <https://www.aljazeera.com/news/2022/12/6/repeating-cycle-protesters-decry-sudan-agreement>

⁴ https://www.ipg-journal.de/interviews/artikel/der-putsch-ist-am-starken-willen-der-sudanesen-gescheitert-6386/?utm_campaign=de_40_20221213&utm_medium=email&utm_source=newsletter

⁵ <https://www.aljazeera.com/news/2022/12/19/pro-democracy-protesters-teargassed-by-sudanese-security-forces>

⁶ <https://reliefweb.int/report/sudan/who-leading-humanitarian-response-escalation-violence-sudans-blue-nile-state-enar>

⁷ <https://www.africanews.com/2023/01/05/demonstrators-return-to-the-streets-in-sudan/>

Einschätzung der Situation im Sudan

Die Lage in der Hauptstadt Khartoum und anderen größeren Städten ist nach wie vor angespannt: Alle 2-3 Tage gibt es Demonstrationen gegen Burhan und Hemeti. Sicherheitskräfte gehen nach wie vor brutal gegen Demonstrierende vor unter Einsatz von Tränengas und Schlagstöcken. Es kommt zu vielen willkürlichen Verhaftungen von Demonstrierenden und anderen Personen. Es gibt immer wieder Tote und viele Verletzte.

Im ganzen Land kommt es vermehrt zu Streiks wegen Steuererhöhungen (Lehrer, Bus- und Kleinbusfahrer, Händler*innen) und Streiks der Studierenden an Unis wegen massiver Studiengebührenerhöhungen.

Die Inflation ist extrem hoch und Preise steigen in allen Bereichen.

Die Sicherheitslage ist im ganzen Land mangelhaft. Es gibt wenig Sicherheit auf den Straßen, besonders nach Einbruch der Dunkelheit, kommt es immer wieder zu brutalen Raubüberfällen.

In Darfur finden ständig Überfälle und Angriffe auf Dörfer und IDPs mit vielen Toten und Verletzten statt.

Der Bericht stammt direkt von einem Gruppenmitglied aus Khartoum !

SÜDSUDAN

August 2022 – Dezember 2022

Am 4. Oktober gab Amnesty International vor dem Menschenrechtsrat des UN-Hochkommissars für Menschenrechte eine mündliche Erklärung zum Südsudan ab:

Der UN-Menschenrechtsrat müsse sich weiterhin für Rechenschaftspflicht einsetzen, da es keine Fortschritte bei Wahrheit und Gerechtigkeit für vergangene Verbrechen gebe. Folgende besorgniserregende Fehlentwicklungen gebe es:

1. Fehlende Fortschritte bei der Einrichtung des Hybrid-Gerichtshofs für den Südsudan. Bis heute haben die Opfer des Konflikts keine sinnvolle Möglichkeit, vor Gericht zu gehen.

Diese Straflosigkeit fördert weiterhin Menschenrechtsverletzungen wie solche, die Anfang des Jahres im Bundesstaat Unity dokumentiert wurden.

2. Trotz der Schritte, die zur Einrichtung der Wahrheitskommission unternommen wurden, ist das Umfeld, in dem das Recht auf Wahrheit gesucht wird, sehr repressiv.
3. Trotz der Verpflichtungen aus den Friedensabkommen von 2015 und 2018, die Sicherheitsgesetze zu ändern, müssen die Behörden noch das Gesetz über den Nationalen Sicherheitsdienst (NSS) von 2014 ändern und die verfassungswidrigen polizeiähnlichen Festnahme- und Inhaftierungsbefugnisse des NSS abschaffen. Seit Beginn des Konflikts im Jahr 2013 ist die Regierung, vor allem durch den NSS, immer autoritärer geworden und hat versucht, Kritiker*innen zum Schweigen zu bringen, indem sie sie schikaniert, einschüchtert, bedroht, willkürlich inhaftiert und in einigen Fällen kommt es zum gewaltsamen Verschwindenlassen und Töten von Regierungskritiker*innen.

Amnesty International erklärte, dass das Recht auf freie Meinungsäußerung, friedliche Versammlung und Vereinigungsfreiheit für einen erfolgreichen Wahrheitsfindungsprozess gewährleistet sein müsse. Ebenso müssen starke Opfer- und Zeugenschutzmechanismen geschaffen werden.

Die Rolle der Menschenrechtskommission bleibt entscheidend um Beweise für die künftige Rechenschaftspflicht zu sammeln und zu bewahren.

Die gesamte Erklärung ist hier zu lesen (English):

<https://www.amnesty.org/en/documents/afr65/6078/2022/en/>

Weitere Entwicklungen im Südsudan deuten leider nicht auf positive Veränderung hin:

AUGUST 2022

Südsudan verlängert Übergangsregierung um zwei Jahre

Die südsudanesische Übergangsregierung wird weitere zwei Jahre an der Macht bleiben, sagte Präsident Salva Kiir. Damit wurden die für Dezember dieses Jahres geplanten Wahlen verschoben, was bei den westlichen Staaten, die den Friedensprozess unterstützen, Besorgnis auslöste.

<https://www.reuters.com/world/africa/south-sudan-extends-transitional-government-by-two-years-2022-08-04/>

Südsudanesische Rebellen drohen mit Militäroperationen gegen die Regierung

Eine Rebellenbewegung, die vom ehemaligen Generalstabschef der südsudanesischen Armee, General Paul Malong Awan, angeführt wird, hat nach der mutmaßlichen Gefangennahme eines ihrer obersten Feldkommandeure mit umfassenden militärischen Operationen gedroht.

<https://sudantribune.com/article262819/>

SEPTEMBER 2022

Angeblicher jahrelanger sexueller Missbrauch durch Mitarbeiter von Hilfsorganisationen in einem von der UN betriebenen Lager im Südsudan

Berichte über sexuellen Missbrauch durch Helfer in einem von den Vereinten Nationen betriebenen Lagern im Südsudan tauchten erstmals 2015 auf, zwei Jahre nach Ausbruch des Bürgerkriegs. Sieben Jahre später gibt es solche Meldungen immer noch und sie haben in letzter Zeit zugenommen. Dies ergab eine Recherche von Journalisten des **The New Humanitarian** und **Al Jazeera**, die in den folgenden Berichten eingehend dargestellt wird:

<https://www.thenewhumanitarian.org/2022/09/22/exclusive-alleged-sex-abuse-aid-workers-unchecked-years-un-run-south-sudan-camp>

https://www.thenewhumanitarian.org/2022/09/22/aid-sector-sex-abuse-common-occurrence-reoccurring-themes?utm_source=The%20New%20Humanitarian&utm_campaign=8ed2d4d0ab-

EMAIL_CAMPAIGN_2021_09_23_Weekly&utm_medium=email&utm_term=0_d842d98289-8ed2d4d0ab-75619413

https://www.thenewhumanitarian.org/news/2022/09/22/UN-chief-South-Sudan-sexual-abuse-aid-workers?utm_source=The+New+Humanitarian&utm_campaign=8ed2d4d0ab-

EMAIL_CAMPAIGN_2021_09_23_Weekly&utm_medium=email&utm_term=0_d842d98289-8ed2d4d0ab-75619413

OCTOBER 2022

Die südsudanesische Regierung beginnt einen Prozess gegen Aktivist*innen und Kritiker*innen

Human Rights Watch berichtet über den Prozess gegen Kuel Aguer Kuel und sechs Aktivist*innen, die der People's Coalition for Civic Action angehören, einer reformorientierten Interessengruppe, die durch friedliche Proteste einen politischen Wandel im Südsudan fordert. Kuel wurde im August 2021 verhaftet, als die Behörden gegen diejenigen vorgingen, die sie mit der Gruppe in Verbindung brachten. Seine sechs Mitangeklagten - Abraham Awenleith, Wani Michael, Jame David Kolok, Rajab Mohandis, Manas Mathiang und Daniel Makau - flohen aus dem Land. Sie werden in Abwesenheit wegen Verbrechen gegen den Staat angeklagt und könnten im Falle einer Verurteilung mit bis zu 20 Jahren Gefängnis rechnen.

Human Rights Watch fordert, dass die Behörden Rechte schützen und die Unabhängigkeit der Justiz sicherstellen sollen.

<https://www.hrw.org/news/2022/10/06/south-sudan-government-begins-trial-activists-critics>

Die Deutsche Welle berichtet über einen Korruptionsskandal im Südsudan

Es ist ein handfester [Korruptionsskandal](#), dem ein Team von Investigativjournalist*innen der Nichtregierungsorganisation The Sentry drei Jahre lang nachgegangen ist. In ihrem jetzt veröffentlichten Bericht "Cash Grab" macht die Organisation die Führungselite für die eklatanten Missstände verantwortlich. Südsudans Präsident und seine Entourage sollen sich etliche Millionen Dollar angeeignet haben - Geld, das eigentlich für Benzin und Nahrungsmittel vorgesehen war. Die Regierung spricht von Verleumdung.

<https://www.dw.com/de/ngo-enth%C3%BCllt-korruptionsskandal-im-s%C3%BCdsudan/a-63409080>

Südsudanesischer Vizepräsident von Regierungsposten entfernt, weigert sich aber, diese Entscheidung anzunehmen

Die Regierung des Südsudan wird von einer fragilen Einheitsregierung zwischen den historischen Feinden Präsident Salva Kiir und Riek Machar zusammengehalten.

Die anhaltenden Reibereien zwischen den beiden Männern wurden in der vergangenen Woche durch ein Treffen unter dem Vorsitz von Kiir deutlich, bei dem Machar aus der regierenden Sudanesischen Volksbefreiungsbewegung (SPLM) ausgeschlossen wurde.

Machar wies jedoch am Montag die Entscheidung zurück, sowohl ihm als auch SPLM-Generalsekretär Pagan Amum die Parteimitgliedschaft und die Führungsrolle zu entziehen.

<https://www.africanews.com/2022/10/26/south-sudan-vp-riek-machars-ouster-from-ruling-party-steers-reactions/>

NOVEMBER 2022

Laut UN sind acht Millionen Menschen im Südsudan vom Hungertod bedroht

Die Vereinten Nationen haben davor gewarnt, dass fast acht Millionen Menschen im Südsudan, also zwei Drittel der Bevölkerung, von Ernährungsunsicherheit und Hungersnot bedroht sind.

"Hunger und Unterernährung nehmen in den von Überschwemmungen, Dürre und Konflikten betroffenen Gebieten des Südsudan zu, und einige Gemeinden sind von einer Hungersnot bedroht, wenn die humanitäre Hilfe nicht fortgesetzt und die Maßnahmen zur Anpassung an das Klima nicht verstärkt werden", heißt es in dem veröffentlichten Bericht.

<https://www.africanews.com/2022/11/03/eight-million-people-at-risk-of-starvation-in-south-sudan-un/>

Ein UNICEF Bericht auf YouTube veranschaulicht die verheerenden Auswirkungen der Klimakrise auf den Südsudan:

<https://www.youtube.com/watch?v=jKcmAWfWMr8>

DEZEMBER 2022

Al Jazeera berichtet, dass laut UN mehr als 9000 Menschen vor der Gewalt in der südsudanesischen Region Upper Nile fliehen

Frauen und Kinder machen den Großteil der Vertriebenen aus. Einige waren gezwungen, sich während der Angriffe in Sümpfen und Büschen zu verstecken. Das Blutvergießen in der Region hat eine unbekannte Zahl von Todesopfern gefordert, und im Zuge der Verschärfung des Konflikts wurden Vergewaltigungen, Morde und Entführungen von Zivilist*innen gemeldet, wie die UN-Agentur für humanitäre Hilfe OCHA mitteilte.

<https://www.aljazeera.com/news/2022/12/8/more-than-9000-flee-violence-in-south-sudans-upper-nile-un>

Die UN berichtet über leichte Fortschritte bei der Umsetzung des Friedensabkommens im Südsudan

Im Rahmen eines neuen Fahrplans für den Übergang sind jedoch noch weitere Maßnahmen erforderlich, so der Sicherheitsrat. Die Konfliktparteien im Südsudan unterzeichneten 2018 das wiederbelebte Friedensabkommen, mit dem eine Einheitsübergangsregierung eingesetzt wurde. Der im August dieses Jahres angekündigte Fahrplan zielt darauf ab, die wichtigsten verbleibenden Aufgaben im Rahmen des Abkommens zu erfüllen.

Nicholas Haysom, Leiter der UN-Mission im Lande erläuterte jedoch: „Wir sind besorgt, dass die Verzögerungen bereits einen Dominoeffekt auf nachfolgende wichtige Benchmarks haben.“

<https://news.un.org/en/story/2022/12/1131672>

Mehr als 9000 Menschen fliehen vor der Gewalt in der südsudanesischen Region Upper Nile

Frauen und Kinder machen den Großteil der Vertriebenen aus, die durch den Konflikt in der Region vertrieben wurden. Seit dem Ausbruch von Zusammenstößen zwischen bewaffneten Gruppen im Bezirk

Fashoda in Upper Nile Mitte November seien mehr als 9100 Menschen vertrieben worden, hieß es in einer Erklärung der UN-Agentur für humanitäre Hilfe OCHA.

<https://www.reuters.com/world/africa/south-sudan-violence-has-killed-166-civilians-displaced-over-20000-un-2022-12-14/>

Rechenschaftspflicht für konfliktbedingte Missbräuche

Dieser Bericht von Human Rights Watch gibt einen Überblick über den Konflikt im Südsudan, der im Dezember 2013 als politische Auseinandersetzung begann. Er stellt die Frage, ob er wirklich zu Ende ist, denn hierfür wäre die Rechenschaftspflicht für konfliktbedingte Missbräuche unabdingbar:

<https://www.hrw.org/news/2022/12/14/has-south-sudans-conflict-really-ended>

UN und Partner plädieren für dringende Intervention zur Beendigung der eskalierenden Gewalt in der Region Greater Pibor

Die UN-Mission im Südsudan (UNMISS) hat gemeinsam mit internationalen Partnern ein sofortiges Ende der zunehmenden Gewalt in der Region Greater Pibor durch bewaffnete Jugendliche aus dem Bundesstaat Jonglei gefordert. Nachrichtenberichten zufolge sind mindestens 57 Menschen ums Leben gekommen, mehr als ein Dutzend wurden verletzt. Die Kämpfe begannen, als bewaffnete Jugendliche das Dorf Lanam angriffen, so der Informationsminister von Greater Pibor.

<https://news.un.org/en/story/2022/12/1132067>

AKTION:

KONFLIKTBEDINGTE SEXUELLE GEWALT UND STRAFLOSIGKEIT BEENDEN

Ein neuer Bericht von Amnesty International mit dem Titel "Wenn du nicht kooperierst, erschießen wir dich": Konfliktbedingte sexuelle Gewalt (CRSV) und Straflosigkeit im Südsudan zeigt auf, wie CRSV im Land fortbesteht und wie Waffen eingesetzt werden können, um sexuelle Gewalt zu erleichtern.

Überlebende von CRSV berichteten Amnesty International, dass sie von einer Vielzahl von Personen vergewaltigt wurden, darunter Regierungssoldaten, ein Mitglied des Nationalen Sicherheitsdienstes (NSS), Mitglieder der Sudanesischen Volksbefreiungsbewegung in Opposition (SPLM-IO) - die wichtigste bewaffnete Oppositionsgruppe, die Nationale Heilsfront (NAS), eine nichtstaatliche bewaffnete Gruppe, die sich geweigert hat, das Friedensabkommen von 2018 zu unterzeichnen, bewaffnete Männer, "Rebellen" und unbewaffnete Männer, darunter auch Teenager.

Er zeigt auch, dass zwei Teile eines Aktionsplans, der zur Bekämpfung von CRSV im Land ausgearbeitet und von der Regierung im Januar 2021 angenommen wurde, noch nicht vollständig umgesetzt wurden.

Trotz Hunderter CRSV-Fälle, die von den Vereinten Nationen, Amnesty International und anderen in den letzten zehn Jahren dokumentiert wurden, ist die strafrechtliche Verfolgung von mutmaßlichen Tätern sexueller Gewalt in Konflikten nach wie vor selten und die Straflosigkeit weit verbreitet. Bislang wurden keine mutmaßlichen Täter von CRSV wegen Kriegsverbrechen oder Folter angeklagt. Der Südsudan hat diese Verbrechen nach internationalem Recht nicht in seinen Rechtsrahmen aufgenommen.

Wir fordern die südsudanesische Regierung auf:

- dass die Täter von konfliktbezogener sexueller Gewalt vor Gericht gestellt werden müssen; die weit verbreitete Straflosigkeit für diese Verbrechen muss ein Ende haben.
- den Hybridgerichtshof für den Südsudan einzurichten, zu dem sie sich in den Friedensabkommen von 2015 und 2018 verpflichtet haben.
- alle Beamten zu suspendieren, die im begründeten Verdacht stehen, Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht, einschließlich sexueller Gewalt, anzuordnen, zu begehen oder zu erleichtern, bis eine wirksame, unabhängige und unparteiische Untersuchung durchgeführt wurde.
- das Protokoll zur Afrikanischen Charta der Menschenrechte und Rechte der Völker über die Rechte der Frauen in Afrika (Maputo Protokoll) und die Afrikanische Charta über die Rechte und das Wohlergehen des Kindes zu ratifizieren und sich an Ziele und Zwecke dieser zu halten
- sich der Abuja-Erklärung zu verpflichten und mind. 15% des Staatshaushalts für die Gesundheit der Bevölkerung aufzubringen

Wir haben die Aktion am 31.12 2022 beendet und ca. 400 Unterschriften gesammelt ! Vielen Dank an alle, die sich beteiligt haben!